

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.
Verhalten und Verwaltung: Drag II., Křižánska 18. • Leipzig: 30703, 31400. • (Kodierung): 20707 • Verlagsamt: 37544

13. Jahrgang.

Sonntag, 29. Jänner 1933

Nr. 25.

Auch in Frankreich Kabinettssturz!

Meldungen siehe Seite 3

Schlußabstimmung im Budgetausschuß.

Prag, 28. Jänner. Nach dreiwöchiger Debatte hat der Budgetausschuß heute vormittags in Anwesenheit des Finanzministers die Abstimmung über den Staatsvoranschlag für 1933 vorgenommen. Die einzelnen Budgetkapitel wurden — entsprechend dem gestrigen Beschluß des Siebenausschusses der Koalition — unverändert angenommen. Abänderungsvorschläge lagen ausschließlich von Seiten der Opposition vor, und zwar in der ganz respektablen Menge von 221 Stück. Sie versielen ebenso der Ablehnung, wie die eingebrachten Resolutionsanträge.

Dann wurde auch das Finanzgesetz mit der einen bereits bekanntgegebenen Änderung angenommen, daß die im Artikel XIV, Absatz 2, ausgesprochene Ermächtigung an den Finanzminister zur Verlängerung gewisser Fristen für die Bankensanierung gestrichen wird.

Über diesen Artikel XIV sollte gestern Trudel endlich eine Klärung in der Richtung gegeben, daß die Regierung keineswegs in der Forderung nach einer Vergrößerung der Garantien überzogen war; es habe sich nur darum gehandelt, die Maßnahmen, die im Laufe des Sommer und des Herbstes genehmigt wurden, in ihren Konsequenzen durchzuführen. Bei näherem Studium des Bankengesetzes habe es sich aber gezeigt, daß diese Verlängerung nicht nötig sei (s. einmal!), es könne also die betreffende Bestimmung des Finanzgesetzes gestrichen werden.

Zum Generalsekretären für das Mennum wurde der tschechische Genosse Nemes gewählt.

Die Finanznot der Gemeinden.

In Besprechung der finanziellen Notlage der Gemeinden führte Genosse Krenker in der Finanzdebatte im Budgetausschuß u. a. an, daß sich vor allem die Steuerabwicklungen, die Rückzahlungen der sogenannten Steuerübergänge geradezu katastrophal für die Finanzen vieler Städte und Gemeinden, namentlich im Industriegebiet, auswirken.

Nach Berechnungen, die der Verband der Selbstverwaltungskörper im Herbst geprüft hat, hätte eine ganze Reihe von Städten Millionen an Einnahme erhaltenden Umlagen rückzahlen, Summen, die oft die ganze Steuerbasis übersteigen. Diese Umlagen rühren ausschließlich von Steuerübergängen her, bei denen man die Gemeinde nicht einmal fragt. Es wird ihr einfach mitgeteilt, sie habe so und soviel an Umlagen zurückzahlen. Dabei hatte sich die Steuerreform von 1926 schon vielfach in einer starken Senkung der Steuerbasis der Gemeinden als Folge der Senkung der Gewerbesteuer ausgewirkt.

Auch die vorgeschriebene Berechnung der Umlagen in den Gemeinden, die auf Grund der vom Steueramt mitgeteilten Steuerbasis zu erfolgen hat, gibt heute in der Krise ein böses Beispiel. Als Ausgangspunkt für die Berechnung der Umlagen für 1933 wird der Gemeinde vom Steueramt die Steuerbasis für 1932 mitgeteilt, die wieder auf den Steuerbescheid für 1931 aufbaut. Die Umlagen für 1931 sind aber auf der Geschäftsabrechnung des Jahres 1930! Was hat sich aber seit 1930 nicht alles in der Wirtschaft geändert! Die Gemeinde muß aber diese falschen Ziffern aus der Zeit der Konjunktur in ihren Voranschlag einstellen und der Effekt ist der, daß die Umlagenlastungen nicht im entferntesten der Wirtschaft entsprechen und somit auch bei sparsamer Wirtschaft ein großer Defizit entsteht.

Die Reglementierung der Gemeindefinanzen muß daher endlich einmal mit größter Beschleunigung in Angriff genommen werden.

Genosse Krenker verlangte weiters eine Forderung des § 20 der Novelle zum Gemeindefinanzen-Gesetz, um die Darlehensaufnahme zu erleichtern, und ersuchte um Beschleunigung der Veranlagung und Veranschlagung der Vermögensgegenstände von Liegenschaften.

Fürs Dritte Reich nicht reaktionär genug!

Die Harzburger stürzen Schleicher.

Hitler an der Leine der Sozialreaktion. — Junker, Industrielle und Nazi in der gleichen Front. — Die NSDAP an den Meistbietenden verkauft.

Berlin, 28. Jänner. (Wolff.) Reichkanzler von Schleicher erstattete heute dem Reichspräsidenten Bericht über die Lage und erklärte, daß die gegenwärtige Reichsregierung, ihrem Charakter als Präsidialregierung entsprechend, im Reichstage ihr Programm und ihre Auffassung nur dann zu vertreten in der Lage wäre, wenn der Reichspräsident ihr die Auflösungsorder zur Verfügung stelle.

Der Reichspräsident erklärte, diesem Vorschlage bei der zur Zeit gegebenen Lage nicht entsprechen zu können.

Reichkanzler von Schleicher erklärte hierauf den Gesamttritt der Reichsregierung, den der Reichspräsident unter Beauftragung des Kabinetts mit der einstweiligen Fortführung der Geschäfte entgegennahm.

Kabinetts Hitler?

Aus Nazis, Deutschnationalen und Zentrum.

Noch im letzten Momente war der Chef der Heeresleitung General von Hammerstein bestrbt, auf den Präsidenten Hindenburg einzuwirken, daß er die Demission Schleichers nicht annehme, bevor nicht klar sei, zu welchen Folgen eine Regierungskrise führen würde. Ähnlich sollen auch einige Mitglieder der bisherigen Regierung, besonders Außenminister von Neurath, auf den Reichspräsidenten eingewirkt haben.

Die durch die Demission entstandene politische Lage ist bisher unübersichtlich. Insbesondere ist nichts Genaueres bekannt, wie weit das Einvernehmen zwischen den Deutschnationalen und den Nationalsozialisten reicht. Nach verschiedenen Ansichten ist man der Ansicht, daß die Gegenstände noch sehr groß sind, und daß eigentlich überhaupt keine praktische Grundlage für die Zusammenarbeit der beiden Fraktionen in einer Regierung geschaffen wurde.

Nach einer Conto-Rechnung rechnet man in maßgebenden Kreisen damit, daß die Aufgabe, die Herr von Papen übernommen hat, nicht sehr lange Zeit beanspruchen wird, sondern schon am Montag zu Ende geführt sein kann. Dabei wird besonders unterrichtet, daß Papen nur die Aufgabe hat, die Möglichkeiten zu prüfen, die sich für eine Mehrheitsbildung ergeben. Praktisch bedeutet das, daß Papen festzustellen hat, ob ein Kabinetts von Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Zentrum möglich ist.

Zunächst wird Papen sich mit Hitler in Verbindung setzen, um festzustellen, ob er eine Koalition mitmachen würde. Dann wird der Reichspräsident von der Antwort Hitlers unterrichtet werden.

Wenn diese erste Etappe zurückgelegt ist, wird sich Papen auch an das Zentrum wenden. Das Zentrum müßte dieses neue Kabinetts unterstützen, indem es entweder aktiv in ihm vertreten ist oder es wenigstens toleriert. Wahrscheinlich wird Papen ein Kabinetts Hitler vorschlagen.

Das Zentrum wartet ab.

Die Zentrumskolonnen des Reichstages befaßte sich heute mittags um 13 Uhr in einer, allerdings nur spärlich besuchten Sitzung mit den neuesten politischen Ergebnissen. Beschlüsse wurden dabei nicht gefaßt. Die Haltung des Zentrums wird, das ging schon aus diesen vorläufigen Besprechungen hervor, zunächst durchaus abwartender Natur sein.

Was Schleicher vorgeschlagen hatte.

Von unterrichteter Seite erfährt das Conto-Büro, daß der Reichkanzler in der Unterredung mit dem Reichspräsidenten drei Möglichkeiten zur Lösung der Krise genannt hat.

Die eine Möglichkeit sei die Bildung einer parlamentarischen Mehrheitsregierung. Diese Möglichkeit bestehe nur, wenn Hitler die Führung eines derartigen Kabinetts erhalte.

Zweitens sei die Bildung einer auf eine starke Volksströmung gestützten Minderheitsregierung möglich, die wohl ebenfalls nur unter Führung Hitlers, aber mit Unterstützung der übrigen Gruppen der

Rechten zu erreichen wäre. Wenn der Reichspräsident seinen Widerstand, den er bisher gegen eine solche Lösung gehabt habe, aufgeben würde, so hätte auch diese Lösung Aussicht auf Erfolg.

Die dritte Möglichkeit sei die Bildung eines Präsidialkabinetts, das, wie das jetzige, vollkommen über den Parteien stehend und mit keiner verbunden, die Staatsautorität als Sachwalter des gesamten Volkes zu wahren hätte. Einem solchen Präsidialkabinetts müßten dann aber auch die nötigen Vollmachten gegeben werden, wenn es keine Mehrheit im Reichstage fände.

Der Reichkanzler hat vor einer Lösung geplatzt wearnen zu müssen, nämlich vor der, daß unter dem Namen eines Präsidialkabinetts etwa eine Regierung gebildet würde, die tatsächlich nur die Regierung einer einseitigen Partei darstellen würde und dann den Angriffen der überwiegenden Mehrheit des gesamten Volkes ausgesetzt wäre.

Das nunmehr zurückgetretene Kabinetts Schleicher war nach dem Rücktritt der ersten Präsidialregierung Papen erst am 3. Dezember 1932 ernannt worden. Schleicher, der das zweite Präsidialkabinetts auf Drängen des Reichspräsidenten gebildet hatte, suchte eine Verständigung mit den Gewerkschaften und hat daher einige der am meisten bekämpften Bestimmungen der Notverordnung aufgehoben.

Die Gewerkschaften warnen!

Berlin, 28. Jänner. Der allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund, der allgemeine freie Angestelltenbund, der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände sowie der allgemeine deutsche Beamtenverband haben an den Reichspräsidenten ein gemeinsames Telegramm gerichtet, in dem es u. a. heißt:

In tiefer Sorge über die das deutsche Volk bedrohenden und bedrohenden politischen Gefahren hat die Gewerkschaften aller Richtungen zur Beratung der überaus ernsten Lage zusammengetreten.

Sie halten sich in dieser entscheidenden Stunde für verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß die Berufung einer sozialreaktionären und arbeitserfeindlichen Regierung von der gesamten deutschen Arbeiterschaft als eine Herausforderung empfunden werden würde.

Die Gewerkschaften erwarten, daß Sie, Herr Reichspräsident, allen unterirdischen Bestrebungen, die auf einen Staatsstreich hinarbeiten, ihren entschiedenen Widerstand entgegenstellen und auf einer verfassungsmäßigen Lösung der Krise bestehen.

„Ein Alarmzeichen allererster Ordnung.“

Der „Vorwärts“ sagt, der Sturz Schleichers sei ein Alarmzeichen allererster Ordnung. Er zeige, daß der Weg zu einer neutralen Beamtenregierung, die in diesem Augenblick vielleicht die einzig verfassungsmäßige Möglichkeit wäre, nicht geliebt werde. Der andere Weg sei aber auch dann, wenn die Verfassungsmöglichkeit gewahrt bleibe, ein Weg des bolschewistischen Experimentes. Eine Hitler-Hugenberg-Regierung sei verfassungsmäßig nur möglich, wenn das Zentrum ihr seinen Segen gebe.

Wer vor den Novemberwahlen in Deutschland war, sah an den Eisfahnen große Plakate der Hakenkreuzler, die zum Kampf gegen die Regierung Papen aufforderten. Er bekam Flugblätter der Nazi in die Hand gedrückt, in denen die Sozialdemokraten als Wegbereiter Papens angegriffen wurden. Er konnte, wenn er den Titel vor dem Besuche einer solchen Versammlung zu überwinden vermochte, in nationalsozialistischen Wahlkundgebungen wütende Anklagereden gegen den „Unsozialen“ Papen, den Herrenklub-Kanzler hören. Er konnte sich zur Vermutung gedrängt fühlen, die Hitler-Partei lenne keinen schlimmeren Feind als Herrn von Papen.

Und als Papen, um einem Sturz durch den Reichstag auszuweichen, vor dessen Zusammentritt seine Demission gegeben hatte und General Schleicher dessen Nachfolger geworden war, da konnte man vermuten, daß nun der eigentliche „starke“ Mann, der auch in der politischen Intrige stärkste Mann die Macht übernommen habe. Schien es dem Fernstehenden nicht auch, General Schleicher geniesse das besondere Vertrauen Hindenburgs? Schleicher machte zweifellos auch eine etwas bessere Figur als Herr von Papen. Er behielt zwar dessen „Wirtschaftsprogramm“ bei, erkannte aber doch, daß es notwendig sei, die eine oder andere allzu krasse Härte der Papenschen Notverordnungen zu mildern. Er verheißte seine Heringschätzung des Parlamentarismus und der politischen Parteien nicht, aber er linderte doch den Druck der politischen Betätigung lähmenden Ausnahmebestimmungen. Aber — aber — er vermochte es doch den Herrenklaffen des äußersich immer noch republikanischen neuen Deutschland nicht recht zu machen! Das kann niemand, der nicht bis aufs Äußerste aber Aufträge der Groß-Industriellen und der Junker ausführt. Die Industriellen aber hatte sich Schleicher zu Feinden gemacht, weil er ihnen — „zu sozial“ war, die Junker, weil die trotz allen finanziellen Anfechtungen doch nicht am Leben zu erhaltenden, absolut nicht zu sanierenden Grundbesitze im Osten nun nicht weiter subventioniert werden sollten — nur die wirklich lebensunfähigen nicht! — ja sogar enteignet werden sollten. Und wenn die Junker einmal nicht mehr vom Staat, also aus den Taschen der plebejischen Steuerzahler, gefüttert werden sollen, hört für sie der Spatz auf, — o, sie haben schon in der guten alten Kaiserzeit bewiesen, daß sie Feinde gegen jede Regierung sind, die nicht mit vollen Händen ersehen will, was sie verzeut, verlossen, vertrottelt und verpekelt haben! So haben Junker und Industrielle sich gefunden im gemeinsamen Kampf gegen Schleicher, in einem Kampf, der aus Intrigen bestand, deren Fäden bei Herrn von Papen zusammenliefen, der in seiner Person Junker- und Industriellenum verbunden. Und Herr von Papen, der vorsorglich seine Wohnung im Kanzler-Palais gar nicht aufgegeben hat, blieb ganz gescheher Gast Hindenburgs, blieb dessen Ratgeber, und arbeitete gleichzeitig an der Erneuerung der Harzburger Front, indem er nicht nur Industrielle und Junker wieder zusammensührte, sondern auch Deutschnationalen und Nationalsozialisten, also Schwerindustrielle und nationalsozialistische Arbeiterpartei. Die Front von Hitler zu Hugenberg, von den Nationalsozialisten zu den Schwerindustriellen und Junkern ist geschlossen, die Geldsorgen der Nazi sind behoben, das

Zwischenpiel der Kanzlerschaft des „sozialen Generals“ kann beendet werden.

Kommt eine Kanzlerschaft Hitlers, dem zur Ueberwachung Vertrauensmänner der Industrie und der Junker zur Seite gestellt werden? Kommt eine Regierung unter Führung eines anderen Reichsministers, in der Hitler bloß Vizekanzler oder Inhaber eines anderen Ressorts sein wird? Hindenburg soll Herrn von Papen, den er mit Verhandlungen mit den Parteien betraute, den Wunsch mit auf den Weg gegeben haben, eine Lösung im Rahmen der Verfassung zu suchen. Was alles in diesen Rahmen hineingeklopft werden kann, was alles noch als „Verfassungsmäßig“ gilt auch in den Augen Hindenburgs, das hat man zur Genüge in den letzten zwei Jahren erfahren. Man die kommende Regierung auch jeden ihrer Schritte mit der Berufung auf die Verfassung begründen, — sie wird reaktionärer sein als jede bisherige Regierung der Republik! Und schließlich — von gewaltsamen Deutungen der Verfassung bis zum Verfassungsbruch ist nur ein Schritt, eine von den Dolankreuzern abhängige, von ihnen beeinflusste oder gar geführte Regierung würde nicht zögern, ihn zu tun.

Für die Arbeiterklasse Deutschlands kommen so schwere Zeiten wie nie zuvor. Die Arbeiter Deutschlands sind sich dessen auch bewußt. Sie sind kampfbereit und kampfbestimmt. Aber es darf auch nicht verhehelt werden, daß die Kampfsituation für sie außerordentlich schwierig ist. Denn während Junker und Industrielle wieder geeint sind, die bürgerliche Front also lückenlos ist und sich stützen kann nicht nur auf die staatlichen Machtmittel, sondern auch auf die Horden Hitlers, ist das sozialistische Proletariat gespalten, wird die Sozialdemokratie, wenn sie im Kampfe gegen den Klassenfeind steht, zugleich einen erheblichen Teil ihrer Kraft zur Abwehr kommunistischer Angriffe aufwenden müssen. Leider muß man damit rechnen, daß die Kommunisten gerade jetzt die Zeit für gekommen erachten werden, nicht etwa gemeinsam mit den Sozialdemokraten gegen die Reaktion, sondern mit Aufgabot aller ihrer Kraft vor allem gegen die Sozialdemokratie zu kämpfen. Massenverrat, nichts anderes — aber von Moskau befohlen!

Zeittalender 1933:

- März bis Mai
Karl Marx-Gedenkfeiern.
14. März - 50. Todestag.
März Brauentag.
1. Mai.
18. Juni Kindertag.

Küßt schon jetzt zu diesen proletarischen Feiern!

Die Kellnerin Molly.

Roman von Hans Otto Henel.
Copyright by Siedler-Verlag, Berlin.
Nachdruck verboten.

Aus ihren Reden hörte Male, daß einer von ihnen gefeiert wurde, weil er heute aus dem Gefängnis entlassen war. Ob es der Alte war oder einer von den Jungen, verstand sie nicht. Vielleicht waren es beide. Ueberhaupt war ihr vieles an der Sprache dieser Leute unverständlich. Lustig waren sie an dem Tische, wie nicht an allen Tischen in diesem Lokal. Aber was da geschah, in die Ohren geklüffert, über die Lippe weggebrüllt, gesungen, gelacht, geflücht wurde, das wurde alles überlaut vom Schmeitern und Hämmern des Klaviers.

Ein Mädchen setzte sich an den Tisch zu Male, betrachtete sie von oben bis unten, freundlich, wie es Male schien. Und doch war das nicht der schreckliche Blick, die viele von den Mädchen in diesem Lokale hatten. Ein jüngerer Mann lächelte sich heran, klägte sich auf einen Stuhl.

„Dooftest schon?“ riefte er fragend zu Male hinüber, als er sein Bier hinuntergegossen hatte. Die starre ihn verständnislos an, ohne eine Antwort geben zu können. Sie hielt ihn für einen Ausländer, der nicht Deutsch sprach. Das andere Mädchen murmelte zu ihm etwas hinüber, das wie „Grün“ und „in Ruhe lassen“ klang. Male konnte kein Wort sagen. Sie hielt den quackeligen Schankburschen fest und bejahte unverständlich, bei jedem Fingergriff verfolgt von den Blicken der herumstehenden. All dies für die Unverständliche hatte das Mädchen hinausgerieben. Aber als sie draußen auf der Straße stand, wäre sie gern wieder zurückgegangen, denn jetzt kam ihr die Straße wie Feindes-

land vor. Jedoch drinnen in dem Saal, da war Heimat. Da konnte sie schon mehrere Leute, das Mädchen, den jungen Menschen mit der unverständlichen Sprache, den Tisch, an dem die Rückkehr aus dem Gefängnis gefeiert wurde, den Schankburschen, den dicken Wirt mit dem Pulslengelfisch, den schwundächtigen Wustkanten, der so undarmherzig und doch mit so schönem Erfolge auf das Klavier hieb — das war doch Wärme, das im freundlichen Gegensatz zu dieser Straße mit geheimnisvollen Möglichkeiten stand.

Sie schaute auf zu der Laterne, die über der Kneipe hing. „Zum Onkel Franz“ stand darauf geschrieben. Als sie das las, mußte sie an den Familienanschlus denken, den Frau Direktor Albers ihr angeboten hatte.

Was sollte werden? Wo sollte sie hin? Morgen, da würde sie eine Stellung suchen und eine Stellung finden und eine Wohnung, daran zweifelte sie nicht, aber wie sollte sie über diese Nacht hinwegkommen? In ein Hotel hätte sie sich nicht gerannt, denn ihrer Meinung nach waren die nur für die vornehmen und zahlungsfähigen Leute da.

Wieder irrte sie durch die Straßen, und immer ängstlicher wurde sie. Denn immer mehr sah sie Leute, vor denen sie sich fürchtete. Männer sprachen sie an, die sie meist nicht verstand, manchmal floh sie, manchmal hörte sie in dumpfer Hoffnung zu, weil ihr die Stimmen freundlich und belohnend klang, bis sie am Schluß allemal merkte, daß sie das gleiche von ihr wollten, wie die, die schon mit dem ersten Worte sich klar und brutal ausdrückten.

Mittelpunkt ihres Orientierungssinnes war der Bahnhof. Zu ihm lehrte sie immer wieder zurück, um ihn ging sie immer wieder herum mit zwei, drei, vier Straßen weiterem Abstand. Sonst hätte sie sich verlaufen. Natürlich bemerkte sie auf den gleichen Straßen und an den gleichen

Orten oft dieselben Mädchen, die da mit der Sicherheit des Geschäftes auf- und abgingen, und sie wurde sich klar darüber, was sie von diesen Mädchen zu halten hatte. Eine große Angst sah ihr im übergelassenen Herzen, sie war wie gelähmt vor Ratlosigkeit. Flüchtig tauchte der Wunsch in ihr auf, einen der patrouillierenden Schutzleute um Rat zu fragen, aber schon der Gedanke machte ihre Ratlosigkeit zur hellen Furcht. Die Polizei war ja nicht ihr Freund, ihr Schutz, sondern ihr Feind. Jeder Polizist war die Hand des Staatsanwaltes Schneise, die nach ihr griff, und erst recht nach ihr greifen mußte, seit sie vor Pastor Zidmann geloben war. Und jeder Polizist war auch der Wachmeister Bubitz, der ihr Veden in die Bahn geworfen hatte, auf der sie vor Ratlosigkeit jetzt nicht weiter wußte.

„Aber — vorübergehender Sieg nur ist der Sieg der Parzburger Front! Vorübergehender Sieg in einem Ringen, in dem es um mehr geht als um Schleichers oder Papens oder Hitlers Kanzlerschaft, um mehr als um die Niederbringung der oder jener auf Schleicherwegen zur Macht gelangten Regierung, — in dem es um andere, größere Entscheidungen geht, um wahrhaft geschichtliche Entscheidungen im Klassenkampfe zwischen Bourgeoisie und Proletariat!“

Was belastet die Bankenregie?

Eine der aktuellsten Fragen der tschechoslowakischen Wirtschaftspolitik ist gegenwärtig die so notwendige Herabsetzung des Zinsfußes. Da die Nationalbank bereits vor einigen Tagen ihren Zinsfuß herabgesetzt hat, ist es nun an den Banken gelegen, einen weiteren Schritt zu tun. Eines der beliebtesten Argumente der Bankleitungen, mit denen sie sich um die Herabsetzung des Zinsfußes herumdrücken wol-

Table with 4 columns: Bank, Anzahl, Gehalt, l. Durchschnitt. Rows include Böhm. Escomptebank, Böhm. Unionbank, Bank f. Handel u. Industrie, Zivnobank.

Dazu sei bemerkt, daß bei den Direktorengehältern die Lohntienen aus Verwaltungszwecken nicht mitgezählt sind und daß bei den Direktoren auch die Prokuristen mitgezählt sind, so daß der Durchschnitt niedriger ist als den Direktorengehältern entspricht.

len, ist der Hinweis auf die Bankenregie und insbesondere die Gehälter der Angestellten, die angeblich eine Herabsetzung des Zinsfußes unmöglich machen. Was aber in Wirklichkeit die Bankenregie belastet sind nicht die Gehälter der Subalternangestellten, sondern die der leitenden Funktionäre. Das geht aus folgender Zusammenstellung hervor, die Genosse Bistorius im „Pravo Lidu“ veröffentlicht:

Table with 4 columns: Subalternangestellte, Zahl, Gehalt, l. Durchschnitt. Rows include Zahl, Gehalt, l. Durchschnitt.

Jedenfalls geht aus dieser Tabelle eindeutig hervor, wo die Ersparungen in der Regie zu suchen sind und am besten erzielt werden können: nämlich durch die Herabsetzung der Direktorengehälter.

Die Dresdner Katastrophe. Todesursache in drei Fällen — Ersükung.

Dresden, 28. Jänner. Zu den blutigen Vorgängen im Kellerheim am 26. Jänner wird ergänzend gemeldet, daß auf Antrag der Staatsanwaltschaft am 27. und 28. d. M. durch das Amtsgericht Dresden eine Leichensöffnung der Opfer vorgenommen worden ist. Diese hat folgendes ergeben: Von den neun Toten sind drei durch Schüsse getötet worden, und zwar einer durch Brustschuß, einer durch Kopfschuß und einer durch einen Stiebschuß in die Rückenengegend. Von den übrigen sechs Toten sind drei erstickt, einer an Herzschlag und zwei an Schädelbruch gestorben. Schußverletzungen weisen diese Opfer nicht auf. Von den Verletzten haben vier Schußverletzungen und sechs Quetschungen erlitten. Lebensgefahr besteht in keinem Falle. Zwei Personen sind bereits aus dem Krankenhaus entlassen worden. Die Bestattung der Toten findet voraussichtlich Dienstag statt.

Neuregelung der Arbeiterfahrarten.

Nach dem Abkommen des Eisenbahnministeriums mit den großen Gewerkschaftsorganisationen wird mit Gültigkeit vom 15. Febr. d. J. die Grenze des monatlichen Einkommens zur Erlangung des Anspruches auf ermäßigte Arbeiterbahnfahrarten so geregelt, daß sie bei ledigen wie ursprünglich vor dem 1. Jänner d. J. 1200 Ks., bei Verheirateten 1800 Ks. betragen wird; wenn beide Ehegatten beschäftigt sind, bleibt die herabgesetzte Einkommensgrenze von 2000 Ks. monatlich.

Gleichzeitig werden die Sätze der Arbeiterwochenkarten linear um ungefähr 10 Prozent und der Arbeiterrückfahrkarten noch Kilometerzonen erhöht, wobei die Erhöhung bei größerer Entfernung (von 70 Kilometern an) entsprechend gemindert und abgestuft werden wird.

Ueber die Regelung der Schülermonatskarten wurde bisher noch keine volle Einigung erzielt; man sucht eine gerechte Grundlage, um wirklich mittellose Eltern, gleichzeitig auch mit Berücksichtigung der Zahl der unversorgten Kinder, von der Erhöhung befreien zu können. Außerdem erfordert diese Regelung bestimmte administrative Vorkehrungen; es besteht die Hoffnung, daß diese Schwierigkeiten in der nächsten Zeit beseitigt werden.

Für völligen Umbau des Steuersystems!

Ein zweiter Dreitner wäre notwendig!

Prag, 28. Jänner. Im Budgetausschuß hatte sich, wie wir bereits kurz meldeten, Genosse Krenfner gestern ausführlich mit den Zuständen in unserer Finanzverwaltung befaßt.

Er erklärte, daß die Finanzverwaltung heute vollkommen desorganisiert ist; die Schuld daran trägt das komplizierte Steuersystem, aber auch der komplizierte Apparat der Finanzverwaltung. Niemand ist imstande, die Steuerverwaltung vollständig zu beherrschen. Die Beamten müssen ein bestimmtes Pensum Akten anfertigen, ohne Rücksicht auf deren Umfang; wie sie erledigt werden, sieht man an den Steuerbescheidungen. Die oberen Instanzen sind dann mit Akten überflutet.

Diese Desorganisation kann nur durch einen völligen Umbau des ganzen Apparates beseitigt werden, der kaufmännisch ausgestaltet werden müßte; namhaftlich die Durchführung bedarf einer gründlichen Reorganisation. Kurz gefaßt: eine Vereinfachung und klarere Fassung der Steuergesetze ist ebenso notwendig, wie eine Vereinfachung der Steuerverwaltung!

Redner verlangt weiters eine bessere Erfassung der Spekulationsgewinne (vor allem bei Grund- und Hausverkäufen) und der Wertzuwachsabgabe; dringend notwendig ist die Einführung einer Kapitalsteuer, ebenso die Besteuerung der Konjunkturgewinne der Kartelle.

Wir brauchen im Finanzministerium einen Organisator, der bereit wäre, den ganzen Apparat umzubauen und ihn den heutigen Verhältnissen anzupassen. Die Gemeinde Wien und ihr früherer Finanzreferent Dr. Dreitner sollten uns da als Vorbild dienen!

Zum Problem der Zinsfußsenkung macht Genosse Krenfner darauf aufmerksam, daß heute der Staat mit seinen hochverzinsten Kassenheinen, die unter Berücksichtigung des kurzfristigen 7,5 Prozent tragen, den Sparkassen und sonstigen Geldinstituten im Einlagengeschäft, heißt die größte Konkurrenz macht. Die Spannung zwischen diesem Zinsfuß und dem höchsten 4prozentigen Einlagenzinsfuß der Sparkassen und Banken ist unter allen Umständen zu hoch. Tagelang ist es unmöglich, die Spannung zwischen Erber- und Kreditzinsfuß, die bei den Volkskreditanstalten netto gewöhnlich nur 1,5 bis 2 Prozent beträgt, durch einseitige Senkung des Kreditzinsfußes noch weiter zu verkleinern. Da müßte auch der Einlagenzinsfuß herabgesetzt werden, was aber nur möglich ist, wenn der Staat den Zinsfuß seiner Wertpapiere und Kassenheine entsprechend senkt. Sonst wäre eine Zinsfußsenkung überhaupt nicht möglich.

Gegen Verschiebung der Reichstagsitzung.

Berlin, 28. Jänner. Gegen die Abgabe der auf Dienstag angelegten Reichstagsitzung hat der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in einem Brief an den Reichstagspräsidenten Göring aufs entschiedenste Protest erhoben. Auch die Kommunisten haben einen ähnlichen Protest an den Reichstagspräsidenten gerichtet.

„Dooftest schon?“ riefte er fragend zu Male hinüber, als er sein Bier hinuntergegossen hatte. Die starre ihn verständnislos an, ohne eine Antwort geben zu können. Sie hielt ihn für einen Ausländer, der nicht Deutsch sprach. Das andere Mädchen murmelte zu ihm etwas hinüber, das wie „Grün“ und „in Ruhe lassen“ klang. Male konnte kein Wort sagen. Sie hielt den quackeligen Schankburschen fest und bejahte unverständlich, bei jedem Fingergriff verfolgt von den Blicken der herumstehenden. All dies für die Unverständliche hatte das Mädchen hinausgerieben. Aber als sie draußen auf der Straße stand, wäre sie gern wieder zurückgegangen, denn jetzt kam ihr die Straße wie Feindes-

Orten oft dieselben Mädchen, die da mit der Sicherheit des Geschäftes auf- und abgingen, und sie wurde sich klar darüber, was sie von diesen Mädchen zu halten hatte. Eine große Angst sah ihr im übergelassenen Herzen, sie war wie gelähmt vor Ratlosigkeit. Flüchtig tauchte der Wunsch in ihr auf, einen der patrouillierenden Schutzleute um Rat zu fragen, aber schon der Gedanke machte ihre Ratlosigkeit zur hellen Furcht. Die Polizei war ja nicht ihr Freund, ihr Schutz, sondern ihr Feind. Jeder Polizist war die Hand des Staatsanwaltes Schneise, die nach ihr griff, und erst recht nach ihr greifen mußte, seit sie vor Pastor Zidmann geloben war. Und jeder Polizist war auch der Wachmeister Bubitz, der ihr Veden in die Bahn geworfen hatte, auf der sie vor Ratlosigkeit jetzt nicht weiter wußte.

Zum Arbeitsuchen braucht man Stiefelsohlen.

Gegen zehn Uhr abends lehrte Male wieder bei „Onkel Franz“ ein, froh, einen Ort zu wissen, wohin sie gehen konnte. Sie sah kaum um sich, sondern jank erschöpft auf den nächsten Stuhl. Ungehörtlich war das Erlebnis dieses Tages. In der Morgenröthe bei Frau Direktor Albers hinausgetrieben, Tröstung bei Frau Listod, dann der vergebliche Versuch bei deren Schwester, die schmerzliche Entdeckung von der Gemeinheit der Frau Listod, der Verlust ihres Gepäcks, Angst vor der Polizei, schließlich die Flucht nach Berlin. Das alles hatte sie erst an diesem Tage erlebt, und es sank doch als längst abgetan hinter ihr zurück gegen das, was in den letzten Stunden längs des farnersfüllten Asphaltes an sie herangetreten war. Das Grauen und die Gemeinheit hatten sie umschlingelt und umschlichen auf den schlüpfrigen Straßen und hatten ihre Ratlosigkeit bis zur Verzweiflung gesteigert.

Den schmerzigen Kellner sah sie dankbar wie einen alten guten Bekannten herankommen. Ein Kaffee und dann Salat mit Würst gabn ihr die

verlorenen Kräfte zurück und sie konnte sich umsehen. Weniger voll war die Kneipe jetzt, aber es ging noch viel lauter zu. Der junge Mensch am Klavier paukte noch immer Schlager und watschen den Tischen langten Baare, die auf Male einen verwegenen Eindruck machten. Aber fremd waren sie ihr nicht mehr. Das waren ja die Menschen, die ihr bei der Wanderung durch das Viertel begegnet waren.

Male sah nicht lange allein. Ein schon ziemlich betrunkenen alter Mann nahm ihr gegenüber Platz. Male fürchtete seine Annäherung. Aber er rührte nicht einmal das Bier an, das er sich bestellt hatte, sondern drüselte ein. Mädchen kamen, die sich sichtlich feinerwegen hinstellten, andere, denen keine Gegenwart gleichgültig blieb.

Male freute sich, wenn sie unter den vielen Gesichtern eines sah, das sich ihr schon bei dem ersten Besuch eingepägt hatte. Und als das Mädchen, das schon vor ein paar Stunden an ihrem Tisch geessen hatte, sich in ihrer Gegend plauschend umsah, rüdtte sie ihren Stuhl so zu recht, daß der freie Platz entstand, den das Mädchen suchte.

Male tonte auf, weil ein Mensch mit ihr sprach. Alle Bedenken, mit einem fremden Menschen und noch dazu mit einem, über dessen Charakter sie gar nicht im Zweifel war, zu reden, verfloßen. Nur ansprechen, die Enttäuschung ausdrücken und die Hoffnung, und vielleicht einen Rat bekommen, einen Fingerzeig überhaupt nur einmal vom Herzen herunterwälzen, was es bis zum Nichtmehrwegreifen erfüllte.

Die häßlichen Bitten auf dem Gesicht des fremden Mädchens traten immer mehr zurück, als es Male zuhörte. Sie schenkte andere Männer und Frauen, mit wenigen Worten zurück um Male ein bißchen Frieden zu lassen.

(Fortsetzung folgt.)

Auch in Frankreich Kabinettswechsel:

Paul-Boncour von den Sozialisten gestürzt.

Kampf um die Herstellung des Budgetgleichgewichts.

Paris, 28. Jänner. Die Regierung Paul-Boncour wurde heute um 6 Uhr früh mit 402 gegen 170 Stimmen bei der Abstimmung des Artikels 6 des Finanzgesetzentwurfes, in welchem die Regierung die Pauschalhöhung der direkten Steuern um 5 Prozent verlangt, geschlagen. Der Finanzausschuß der Kammer stellte sich nach einer neuerlichen Beratung gegen diesen Artikel, die Regierung verharre jedoch auf ihrem Standpunkt und stellte die Vertrauensfrage. Im Namen der Sozialisten erklärte Abgeordneter Blum, daß die Sozialisten mit dem Finanzausschuß einig sind und gegen die Regierung stimmen werden.

Für die Regierung haben gestimmt: 13 Sozialrepublikaner, vier Linksunabhängige, fünf Unabhängige Linke, 131 Radikale, 13 radikale Linke, vier Parteilose, 24 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten, 17 waren beurlaubt.

Sogleich nach Bekanntwerden des Abstimmungsergebnisses begab sich Ministerpräsident Paul-Boncour mit seinen Regierungsgliedern in das Elysee, um dem Präsidenten der Republik die Demission des Kabinetts zu überreichen.

Die Deputiertenkammer legte ununterbrochen seit Freitag früh bis in die heutigen Morgenstunden, um die Beratung des provisorischen Budgetprojektes für Heber zu beenden. Während im Plenum die einzelnen Artikel durchberaten wurden, führten die Linksparteien lebhaftest Verhandlungen. Einmal über traten in den Anschauungen zwischen den Radikalen und Sozialisten so erhebliche Meinungsverschiedenheiten zutage, daß sich im Laufe der Nacht zeigte, daß eine Regierungskrise unabwendbar sei.

Ministerpräsident Paul-Boncour appellierte an die Kammer, um die Situation zu retten. Als aber die Aussprache über den Artikel 6 an die Reihe kam, trennten sich die Sozialisten von der Regierung, wodurch der Sturz des Kabinetts Paul-Boncour zur fertigen Tatsache wurde.

Der Präsident der Republik nahm nach halb 11 Uhr vormittags die üblichen Beratungen auf, und zwar zunächst mit dem Vorsitzenden des Senats, dem Vorsitzenden der Kammer und dann mit den Vorsitzenden der Finanz- und Außen Ausschüsse des Parlamentes.

Am Abend unterbrach der Präsident die Beratungen mit den politischen Führern und den parlamentarischen Persönlichkeiten; er wird sie morgen fortsetzen. Erst morgen gegen Abend will er die Entscheidung treffen.

In den Couloirs des Parlamentes wurden nach dem ablehnenden Standpunkt des Senatspräsidenten Jeanneney die Namen Chaumery, Daladier, Berriot, Caillaux und der des Senators Albert Sarraut genannt.

Es scheint aber, daß wiederum der Versuch zur Bildung einer Regierung der Linksparteien unternommen werden wird. Daladier soll den Sozialisten genaue Vorschläge für die Zusammenarbeit und den Eintritt in die Regierung gemacht haben. Die sozialistischen Führer deuteten aber an, daß sie auch diesmal einen Eintritt in die Regierung ablehnen würden, so wie sie seinerzeit das Angebot Boncour's ablehnten.

Als nach Herriots dramatischem Sturz Paul-Boncour überraschend schnell das neue Kabinett gebildet hatte, haben wir an dieser Stelle unserem Zweifel an der Lebensfähigkeit der äußerlich glänzenden Neugründung Ausdruck gegeben. Paul-Boncour und sein Finanzminister Chéron übernahmen von Herriot das böse Erbe eines gewaltigen Defizits im französischen Staatshaushalt. Die Verweigerung der Ratenzahlung an Amerika, die von der Kammer im Zusammenhang mit dem Währungsabstimm für Herriot beschlossen wurde, war ja weniger der Sorge um das Budget als einem Gefühl nationaler Ehre entsprungen und das so ersparte Geld geht auch keineswegs die gewaltigen Lücken im Frankreichs Budget.

Paul-Boncour war auf die Unterstützung der Sozialisten angewiesen. Sie wurde ihm bereitwillig gewährt, ohne daß die Sozialisten sich irgendwie die Hände gebunden. Wir haben bei der Bildung des Kabinetts schon vorausgesetzt, daß die Isolierung durch die Sozialisten nicht allzulange dauern würde, daß die französische sozialistische Partei mit dem gleichen Maß von Handlungsfreiheit und mit der gleichen Energie wie allen bürgerlichen Linksparteien so auch dem Kabinett ihres ehemaligen Freundes Boncour begegnen würde. Bei den vorhergegangenen Verhandlungen hatte sich ja gezeigt, daß die Sozialisten und die Radikalen grundsätzlich verschiedener Anschauung in der Frage des Kampfes gegen die Krise sind. Während die Radikalen wegen der Krise alle Sozialisteneingriffe ablehnen wollten, hielten die Sozialisten gerade jeden Kampf gegen die Krise für aussichtslos, der nicht mit gewissen staatssozialistischen Maßnahmen beginnt.

Auch im Kampf um das Budget zeigten

sich die grundsätzlichen Unterschiede zwischen der bürgerlichen Linken, die das Kabinett gebildet hat, und den Sozialisten. Diese verlangten Sanierung des Budgets durch Einsparungen, die vor allem beim Decresbudget in größtem Umfange noch möglich wären, die Bürgerlichen wollten die Steuern, u. zw. natürlich die Massensteuern erhöhen. Darin konnten die Sozialisten keine wirksame Abwehr der Krise und keine solide Ausbalancierung des Budgets erblicken. Boncour ließ es auf die Kraftprobe ankommen, wahrscheinlich auch deshalb, weil er für früher oder später den Zusammenbruch des nur notdürftigen Gerüstes seiner Parlamentsmehrheit vorausahnte und die Entscheidung lieber jetzt als nach Monaten des Fortwärtstretens wollte, schon aus Gründen seiner persönlichen Karriere, die einen zu raschen Verbrauch der Popularität nicht verträglich.

Als Nachfolger wird Daladier, der bisherige Kriegsminister genannt. Die Tatsache, daß Tardieu bereits als Mittler auftritt, läßt darauf schließen, daß man versuchen wird, das Kabinett nach rechts zu erweitern und wie in dem Jahr vor den Kammerwahlen mit einer Mehrheit zu regieren, die von den Radikalen bis hart an die Monarchistische Rechte reicht, vor allem also die Gruppen um Marin und Tardieu einschließt. Freilich wird es, besonders wenn die Steuererhöhungen tatsächlich kommen, den Radikalen schwer sein, in dieser Koalition lange auszuharren, wollen sie nicht den Sozialisten die Chance bieten, weitere radikale Wahlkreise zu erobern. Unter diesen Gesichtspunkten wird man für die nächste Zeit in Frankreich mit einer Reihe episodischer Kabinette und in absehbarer Zeit doch wieder mit Neuwahlen rechnen müssen.

Englisch-französische Anfragen wegen des Waffenschmuggels.

In Wien, Budapest und selbst in Rom.

Wien, 28. Jänner. Der britische Gesandte Sir Eric Phipps und der französische diplomatische Vertreter Legationsschatz de Monibos, der den vertriehenen französischen Gesandten Clauzel vertritt, fanden sich heute um halb 16 Uhr bei dem österreichischen Außenminister Bundeskanzler Doktor Dollfuß ein und legten ihm analoge Noten ihrer Regierungen vor, worin sie nähere Aufklärung in der Affäre der Hirtenberger Waffen verlangen. Der britische Gesandte erklärte, daß seine Regierung ein großes Interesse an der Angelegenheit habe, als heraus der englischen Presse hervorgeht. Eine ähnliche Erklärung gab auch der französische diplomatische Vertreter ab, worauf beide ihre Noten überreichten, die viele konkrete Fragen und das Ersuchen um deren Beantwortung in kürzester Zeit enthalten.

Die beiden Diplomaten teilten mit, daß ihre Regierungen den gleichen Schritt gleichzeitig auch

in Budapest und in Rom unternehmen, und sie fügten hinzu, daß dadurch dem Standpunkt der Kleinen Entente keineswegs präjudiziert werde, die eventuell ebenfalls einschreiten werde. Bundeskanzler Dr. Dollfuß sagte eine baldige Antwort zu.

Budapest weiß von nichts.

Budapest, 28. Jänner. Der französische Gesandte erwiderte heute nachmittags beim stellvertretenden Außenminister und erbat Aufklärungen über die aus Italien nach Sedenburg gelangten Waffensendungen. In seiner Antwort teilte Graf Hedervary mit, daß die ungarische Regierung von der Sedenburg Angelegenheit keine unmittelbare Informationen besitze. Der englische Gesandte, der später in derselben Angelegenheit den Grafen Hedervary befragte, erhielt eine ähnliche Antwort.

Die Nazi-Engel.

„Wir waren, sind und bleiben loyal.“



Trapls Schlußwort.

Freitag nachts hatte Finanzminister Dr. Trapl ein mehr als zweistündiges Schlußwort zur Finanzdebatte gehalten, in dem er sich zunächst ausführlich mit der staatlichen Finanzgebarung für 1932 befaßte.

Die präliminierten Einnahmen für 1932 sind, wie bereits der Referent Josef angeführt hatte, so ziemlich erreicht, in einzelnen Fällen sogar überschritten worden. Allerdings muß man dabei berücksichtigen, daß einzelne Steuern, vor allem direkte, erst im Laufe des Jahres stark erhöht worden sind. Auch die Ausgabenposten für die Arbeitslosigkeit hätten aus laufenden Mitteln gedeckt werden können, wenn nicht in erster Linie der katastrophale Einnahmenschwund der Bahnen im zweiten Halbjahr die Situation sehr verschlechtert hätte.

Die finanzielle Gebarung wird auch im Jahre 1933 im Zeichen äußerster Sparsamkeit stehen müssen, weil niemand die Garantie für die weitere Entwicklung übernehmen kann.

Bankensanierung.

Zu der im Vorjahr vorgenommenen Reform des Bankwesens erklärte Trapl, die ungünstige Situation unseres Geldwesens sei durch die Finanz- und Kreditkrise in der ganzen Welt verursacht worden und wir hätten dem Verfall unseres Geldwesens, der ohne Eingriff von Regierungsfürsorge eingetreten wäre, nicht ruhig zusehen können. Man habe nicht nur die Banken saniert; von ihnen hing eine Reihe von Industriezweigen ab. Die Hilfe belastet den Staat mit einem Betrag von 20 Millionen jährlich, dafür habe man aber auch für eine Reorganisation der Banken, für die Herabsetzung ihrer Regie geführt und für weitere Aufgaben vorbereitet.

Die Devisenwirtschaft und die Devisenkommission verteidigt der Minister keineswegs, aber sie seien und direkt durch Maßnahmen der übrigen Staaten aufgegeben worden. Verhandlungen zur Förderung des Devisenverkehrs sind derzeit im Gange.

Bezüglich der Preissenkung sind und andere Staaten weit voraus; wir sind in mancher Beziehung schon ein teureres Land geworden. Die Angleichung der Wirtschaftsziffern müsse daher mit aller Energie betrieben werden. Die Preissenkung bezeichnet Trapl als die Voraussetzung der Erneuerung der Produktion und des Schumpes des landwirtschaftlichen Schuldners. Je schneller wir auch den

Preisangleich zwischen Groß- und Detailhandelspreisen

durchführen, desto besser werden wir gerüstet sein, den weiteren Folgen der Krise zu begegnen. Diesen Prozeß müsse man möglichst bald zu einem Abschluß bringen.

Die kurzfristige Verschuldung.

Im Jahre 1932 hat der Finanzminister durch kurzfristige Kredite auf Grund der Ermächtigung des Finanzgesetzes 550 Millionen aufgebracht; unter Berechnung der französischen Anleihe stieg die Verschuldung um 1357 Millionen. Außerdem liegen noch Bankschulden vor, deren Höhe Trapl jedoch nicht bekanntgab, ebensowenig wie die Gesamthöhe der kurzfristigen Verschuldung.

Ende 1932 soll die Verschuldung aus dem Titel der Budgetdefizite das Maß der Verschul-

dung in den Jahren nach der Deflation nicht sonderlich überschritten haben.

(Warum hier Trapl nicht gleich konkrete Ziffern genannt hat, ist nicht einzusehen, zumal er kurz vorher als Höchstmaß der kurzfristigen Verschuldung des Staates in der Zeit nach der Deflation ohne den anschließenden Betrag von 6237 Millionen angegeben hatte, der im Jahre 1933 erreicht wurde.)

Zur Anleihe

erklärte Trapl nach einigen allgemeinen Redensarten über die notwendigen Voraussetzungen lediglich, er befaße sich mit diesem Problem sehr intensiv und glaube, daß es gelingen wird, einen Weg zur Lösung dieses großen Problems zu finden.

Zur Sanierung der Bundesbank

erklärte Trapl, die Ermächtigung zur Übernahme der Staatsgarantie sei von 100 auf 150 Millionen erhöht worden, um die Mittel zur Auszahlung der Renten der Bergarbeiterprovisionisten aufzubringen. Die Staatsgarantie hat zum 31. Dezember 107 Millionen erreicht. Das Finanzministerium bemühe sich im Verein mit dem Arbeitsministerium um eine endgültige Sanierung, bzw. Regelung der Bergarbeiterversicherung. Diese Regelung wäre allerdings leichter, wenn sie in normalen Zeiten durchgeführt worden wäre.

Sichtlich einer Konvertierung der Staatsanleihen wies der Minister darauf hin, daß die Verhältnisse in Frankreich und England, wo eine Konvertierung durchgeführt wurde, ganz anders liegen als bei uns. Die Tschechoslowakei ist ein Staat mit verhältnismäßig junger Kapitalbildung, während die beiden genannten Staaten eine alte Kapitaltradition besitzen und dort Gelder für langfristigen Kredit zur Verfügung stehen.

Steuereintreibung.

Was die Beschwerden über die rücksichtslose Steuereintreibung betrifft, so stellt sich Trapl auf den Standpunkt, daß der Staat und auch die Selbstverwaltung heute dringend die Mittel zur Deckung ihrer Ausgaben benötigen, und daher ist es notwendig, die Rückstände energisch einzutreiben. Entsprechende Maßnahmen auf die Verhältnisse des Schuldners und namentlich auf die kleinen Steuerzahler sei vom Ministerium jedoch angeordnet.

Die Lehrerschaft zu Dr. Dérens Schulentwurf.

Zustimmung der tschechischen Lehrer.

Der Vorstand des Verbandes der tschechischen Lehrerschaft hat nach zweitägigen Beratungen über den Gesetzentwurf des Schulministeriums einen Beschluß gefaßt, in welchem es heißt:

Der Verband der tschechoslowakischen Lehrerschaft hat festgestellt, daß beide zur öffentlichen Diskussion vorgelegten Gesetzentwürfe wesentliche Bestimmungen enthalten, welche vom Standpunkt des reinen Interesses der Schule und des Staates mit Zustimmung ausgenommen werden müssen. Das ist vor allem die Trennung der Schulverwaltung von der politischen Verwaltung, die demokratische Zusammensetzung und Wahl der Schulverwaltungsräte, die Verstaatlichung der Lehrerschaft und die gerechtere Regelung der finanziellen und Verwaltungsbeziehungen des Staates zu den konfessionellen Schulen und andere wichtige Fragen. Darum verdienen beide Entwürfe die Unterstützung der gesamten Bevölkerung, welche den Fortschritt der Schule wünscht.

Verlegenheit um Kobzinek.

Ablenkungsmanöver der Schuldigen.

Die Tat des Herrn Kobzinek und die Begleitumstände ihrer Abwehr gaben Anlaß zu allerlei Betrachtungen über den Wert jenes Patriotismus, der etwa in der „Kardoni Politika“, im „Kard“ und in anderen nationalistischen Verblättern lebt und sich in staatsfeindlichen Aktionen äußert. Es war aber auch Anlaß vorhanden, das Verhalten der deutschen Soldaten zu würdigen, das für die nationalistischen Heber im tschechischen Lager ein kräftiger Schlag ins Gesicht war; denn sie waren es und mit ihnen selbstverständlich auch tschechische Soldaten, die den Staat vor den Patrioten schützten und dem beschworenen Eid auch mit ihrem Blute befehligen.

Dass die „Erziehungsgarde“ der Nationalistenpresse solche Exemplare wie den Herrn Kobzinek hervorbringt, ist ihr sehr peinlich. Sie fühlt die Verantwortung, die sie trägt und möchte sie gern abschütteln. Aber sie ist zu sehr schuldig, als daß solche Versuche Erfolg haben könnten.

So spricht sie denn von den „anderen Putschisten“, gegen die man auch so energisch vorgehen möge wie gegen die Brüner Abenteurer. Die anderen Putschisten? Nun, das sind, nach dem „Kard“, die — Kommunisten und die Hakenkreuzler.

Dieselben Kommunisten, die der Polizei gegenüber schüchtern und höflich, die von einem Legalitätsdusel ohnegleichen erfüllt sind und von deren Bürgerkriegsbestimmung Herr Gottwald höchstens in Moskau, niemals jedoch in der Heimat Kunde gibt. Die tschechoslowakischen Kommunisten als „Putschisten“ zu bezeichnen ist denn doch ein starkes Stück. Es bedarf schon der ganzen tiefen Verlegenheit und Aufweglosigkeit, in der sich die Heppresse auf ihres bisherigen Tuns jetzt befindet, um auf diese Gedanken und Redereien zu kommen, die von dem Wesentlichen ablenken sollen.

Der Zufall wollte es, daß die Wirklichkeit auf dem Boden Brünns selbst Beweise für die Gleichgültigkeit der Gajda- und der Jung-Putschisten bot.

Dier ein Trupp Bewaffneter, die im Namen der Nation und des Vaterlands Heeresbesitz überfallen und Soldaten niederschleichen, die sich förmlich unter den Augen der Behörden und unter dem Kommando von Offizieren, militärisch organisiert und bewaffneten. Dort: sieben harmlose junge Leute, Phantasten, deren Schuld darin besteht, jung zu sein und darum geglaubt zu haben, von denen sich auch schon vor Gericht herangelehrt hat, daß sie längst erledigt sind. Und ihre „militärische Organisation“: ihre — von der Behörde bewilligt gemessenen — Koppeln, Kappen und Hemden — sie lassen sich doch wahrhaftig nicht vergleichen mit den gefährlichen Soldaten des Vaterlandsreiters Gajda und seiner intellektuellen Verbündeten!

Verbrecherischer Verdrissinn, der bisher den Redaktoren der tschechischen Heppresse die Feder führte, darf sich nicht auch weiterhin ungehemmt austoben. Es ist Sache der tschechischen Öffentlichkeit, die den Ereignissen objektiver gegenübersteht als die mitschuldigen Putschler und Förderer der Putschisten, den Hebern, die von kommunistischen und hakenkreuzerischen Putschisten zu reden wagen, um ihr eigenes Tun veressen zu machen, das schmutzige Handwerk zu legen.

Belobungsbefehle für tapfere Verteidigung.

Brünn, 28. Jänner. Die Gajdaisten und Soldaten, welche bei dem sonntägigen Kaserneüberfall an der Verteidigung der Kaserne beteiligt waren, wurden heute vormittags zum Landesmilitärkommandanten General Vojtechovsky beufen, von dem sie belobende Befehle erhielten.

Englands Abrüstungsgrundsätze

Genf, 28. Jänner. In den englischen Vorschlägen zur Abrüstungskonvention ist der Wortlaut der neuen auf den bisher vorgelegten verschiedenen Plänen aufgebauten Konvention folgender:

1. Eine internationale Verpflichtung aller europäischen Staaten, daß sie in keiner Lage versuchen wollen, eine Streitigkeit durch Gewaltanwendung zu lösen.
2. Unter dem Gesichtspunkt ihrer gegenseitigen Sicherheit sollen die europäischen Kontinentalstaaten sofort die Möglichkeit politischer Vereinbarungen prüfen, die die Bedingungen enthalten, unter denen jeder von ihnen einen Anspruch auf die Hilfe des anderen Signatarstaates haben soll.
3. Die Anwendung des Grundsatzes, daß die Begrenzung der Rüstungen Deutschlands und der anderen europäischen Staaten in derselben Abrüstungskonvention, die die Rüstungsbedingungen der anderen Staaten bestimmt, enthalten sein soll, und zwar so, daß die Artikel des Verfassers Betrages, die Deutschlands Streitkräfte begrenzen, durch die Abrüstungskonvention ersetzt werden.
4. Die Annahme einer Verpflichtung in die Konvention seitens der Signatarstaaten, in angemessener Frist vor dem Ablauf dieser Konvention weiteren Rüstungsaußgleich anzuschließen.
5. Bezüglich des Kriegsmaterials die Aufnahme des Grundsatzes der qualitativen Gleichheit in die Konvention. In diesem Zusammenhang soll die Zurückführung der Armeen der europäischen Kontinentalmächte auf eine einheitliche Organisationsform in Erwägung gezogen werden.

Zweierlei Maß bei der Steuereintreibung.

Für die ungeheuren Ungleichmäßigkeiten und Ungerechtigkeiten, die im Gefolge der Steuerabschreibungen in der Behandlung der mit allen Salben geschmierten großen Steuerträger einerseits und der kleinen Steuerträger andererseits entstehen, die nicht imjande sind, alle Hintertüren und Lücken in der Steuergesetzgebung restlos auszumähen, wie es die großen Unternehmen tun, brachte Genosse Kreutzer im Budgetausschuß einige besonders krasse Beispiele vor, die von den Steuerbehörden wirklich nicht achtlos übergangen werden sollten.

Der Exekutor auf die Kleinen:

In St. Peter bei Stubenbühl hat ein Hausler einen Aufwand für Rutzgäse vorgenommen und 30.000 K durch einen Wechsel gedeckt, den der Bankmeister garantierte. Dieser ging in Konkurs; auch der Hausler konnte die Raten nicht einhalten. Jetzt erhebt er noch von der Steuerbehörde eine Abschreibung von rund 1000 K für Schuldverschreibung, Kautionsurkunde usw.

Der Hausler ist arbeitslos, ebenso seine Familienmitglieder bis auf eine Tochter. Man hat ihm die Kuh und eine Stredenz gepfändet; kann er in 14 Tagen nicht bezahlen, so wird sein Eigentum verschleudert werden.

In Prag im lebt ein kleiner Auditor, Vater von fünf Kindern. Der fährte für das Brauhaus Bier. Als er den Fährlohn beheben wollte, erfuhr er, daß ihm die Steuerbehörde beschlagnahm hat. Der Mann hat in seiner Verzweiflung seine fünf Kinder aus Steueramt geführt und dort heden gelassen; sie wurden einem Kinderheim übergeben.

Tagesneuigkeiten

Espionage auf der Butareker Hauptpost.

Amliche Korrespondenzen geöffnet.

Butarek, 28. Jänner. Die staatliche Sicherheitspolizei war schon seit längerer Zeit einer ausgedehnten Espionageorganisation auf der Spur, die bei der Butareker Hauptpost für die kommunistische Internationale arbeitete. Der Organisation gehörten zum Teil hohe Postbeamte an, die vermoge ihrer Stellung Abschriften amtlicher Aktenstücke an sich bringen konnten. Diese Abschriften wurden stets durch einen besonderen Kurier über die Grenze geschafft. Die Polizei war es kürzlich zu Ehren gekommen, daß ein solcher Kurier sich in Butarek aufhalte, um eine größere Anzahl kopierter Dokumente ins Ausland zu bringen.

Gestern spät abends wurde die Butareker Hauptpost von der Polizei umstellt. Sämtliche Anschläge veripert und eine gründliche Durchsuchung vorgenommen. Es wurden insgesamt 22 Beamte und 30 andere Personen verhaftet, bei denen man Originaldokumente, Aktenabschriften und die für das Kopieren nötige typographische Tinte vorfand.

Die Polizei beschlagnahmte eine große Menge von Dokumenten, aus denen hervorgeht, daß die Verschwörerorganisation bereits durch acht Monate arbeitete.

Wieder Ruhe in Wien

Wien, 27. Jänner. In den späten Abendstunden wurden die Militärtruppen und die Militärwachen bei den öffentlichen Gebäuden zurückgezogen, wodurch die Stadt wieder ihr normales Aussehen zurückerlangte. Es herrscht vollkommen Ruhe. Elf Personen, darunter mehrere Mitglieder des Aktionskomitees der Lohnkutscher, wurden verhaftet, weil sie die Auflockerung zu Demonstrationen angefordert hatten. Weitere 24 Personen wurden wegen Störung der Ordnung und Verhinderung anderer kleinerer Vergeben festgenommen.

Außerdem hat die Polizei bei der gestrigen Demonstration ein Verzeichnis der Fahrzeuge aufgestellt, die sich an der Demonstration beteiligt haben. Wegen ihre Chaufeuere, resp. ihre Verkehr, wurde meist wegen Verletzung der verkehrspolizeilichen Vorschriften das Strafverfahren eingeleitet. Mehr als 1000 Personen werden vor Gericht gestellt werden. Die Polizei erklärt, daß sie jeden neuen Versuch einer ähnlichen Demonstration mit der größten Energie unterdrücken werde.

Der Mittelstand demonstriert. Es kann kein Zweifel mehr bestehen; die Welt vom gestern ist in Unordnung geraten. Ordnung bedeutete für den jolden Bürger Zufriedenheit mit den bestehenden Einrichtungen und Gegebenen, Ruhe im Staat und der Gemeinde, Ehrfurcht vor der Obrigkeit. Diese Ordnung ist auch für ihn nicht mehr da. Er, der gute Bürger, der sich mit aller Entschiedenheit dagegen auflehnte, weil der Arbeiter mehr Lohn und kürzere Arbeitszeit verlangte, der nach Polizei und Gendarmerie rief, wenn die Arbeiter politische Rechte, die gleiche Freiheit forderten, welche andere Staatsbürger längst besaßen, zieht nun selber auf die Straße um zu demonstrieren, schickt eine Deputation um die andere zu Staats- und Bezirksämtern um die andere zu Staats- und Bezirksämtern um seine Existenz zu retten. Der bürgerliche Staat, mit allen seinen bürgerlichen Einrichtungen ist demnach für seinen ureigenen Träger und Verteidiger unwirksam geworden. In der Tschechoslowakei zogen vor einigen

Mit Glacéhandschuhen gegen die Großen:

Und nun zwei andere Beispiele:

Die Lepith-Schmankt-Rosinensabrik A. B. ist vor einigen Tagen in den Auslieferung gegangen. Die Firma schuldet dem Staat 1,4 Millionen an Steuern, darunter über 100.000 K an Umsatzsteuer (!) und 320.000 K an Einkommensteuer für die Angestellten (!!), die bis in das Jahr 1929 zurückreicht!

Dier wird eine 50prozentige Steuerabschreibung vorge schlagen, und das Steueramt stimmt dem tatsächlich zu, halt die Verwaltungsorgane zumindest wegen der Umsatzsteuer zur Schadenshaltung zu veranlassen!

Die Finanzkommission der Gemeinde hat es natürlich abgelehnt, dazu ihre Zustimmung zu geben!

Das Gemeindeamt Schönfeld, im Bezirk Korbig soll über 36.000 K, den Anteil an der Umsatzsteuer, zurückzahlen, weil der böhmischen Handelsgesellschaft 700.000 K an Umsatzsteuer abgeschrieben worden sind. Die Gemeinde kann diese Summe natürlich nicht bezahlen, weil ihre Umlagen im ganzen Jahr nicht so viel betragen.

700.000 K kann man einer reichen Gesellschaft schenken, 36.000 K einer armen Gemeinde aber nicht!

Wenn bei der Bevölkerung, erklärte Genosse Kreutzer hiezu, das Steueramt das gehobene Maß ist, so ist nicht die Bevölkerung schuld, sondern dieses unmögliche und völlig verkehrte Vorgehen bei der Steuereintreibung.

Tagen die Autounternehmer durch die Straßen der Haupt- und Bezirksstädte, in Wien blockieren die gleichen Berufsangehörigen die wichtigsten Verkehrsstraßen und Plätze, in Deutschland fordern die Handwerker energisch, daß man den Rest handwerklicher Berufstätigkeiten vor der Vernichtung schütze. In aller Welt revoltieren Bauern und Beamte, weil sie mit zu großen Kosten und mit zu geringen Einkünften versehen werden. Sie lehnen sich auf gegen die bestehende Ordnung. Aber sich aber gegen die Ordnung der Gesellschaft auflehnt, untergräbt sie; das haben nicht die Sozialdemokraten gelehrt, sondern Angehörige jener Schichten der Bevölkerung, die unter den bestehenden Verhältnissen nicht weiter leben wollen, die Hilfe um jeden Preis verlangen. Ist das alles nur ein Ergebnis der momentanen Wirtschaftslage? Nein, das ist das Resultat der kapitalistischen Entwicklung. Die Konzentration des Kapitals hat den Reichtum der Erde in immer weniger Händen vereinigt, den Kleinbetrieb fast ausgeschaltet, den früher hoch geschätzten und gewerteten Beamten zum beschlagnahmten Arbeitsobjekt gemacht. Es gibt von Monat zu Monat weniger selbständige Existenzen und damit immer weniger unbedingte Anhänger und Verteidiger der bestehenden Ordnung. Ohne es zu wissen oder auch nur zu wollen, wächst bei den zum Proletariat gedrängten Menschen, der Wille zum Widerstand gegen die bestehende Gesellschaft, die sie immer noch geistig verteidigen. Die wirtschaftliche Entwicklung zwingt sie indes immer mehr an Seite der um eine neue Ordnung kämpfenden Arbeiter und Angestellten. Was deshalb die Rolle, die der Mittelstandler heute im Klassenkampf inne hat, nicht gewollt und auch nicht auf die Zerstörung der bürgerlichen kapitalistischen Welt eingestellt sein, für die Arbeiterklasse ist das ohne Bedeutung. Sie registriert lediglich den Aufstieg der bürgerlich denkenden Schichten als Zeichen des ständig zunehmenden Widerstandes und Angriffes als geschichtliche Bewegung, deren Ziel eine Neuordnung der Gesellschaftsorganisation ist. Damit aber wird das Bürgertum, das unter den bestehenden wirtschaftlichen Zuständen leidet, — wohl ohne sein Zutun und wohl auch gegen seinen Willen — zum Förderer der sozialistischen Idee, wird zum Totengräber ihrer Welt.

Entfallender Ministerempfang. Minister für soziale Fürsorge Dr. Czech empfängt Dienstag, den 20. d., nicht.

Der Zug der Grippe. Die Grippe breitet sich weiter aus. In Deutschland mußten zahlreiche Schulen geschlossen werden. In England betrug die Zahl der Grippeopfer der letzten drei Wochen etwa 3500. In Amsterdam tritt die Epidemie gleichfalls sehr häufig auf; der Sterblichkeitsverlauf ist jedoch noch normal. In Budapest bleiben sämtliche Schulen vorerst bis zum 4. Febrer geschlossen.

Stuhl gegen Kehlhopf! Die bekannte Sängerin Jolanta von Wid wurde während einer Aufführung von Scharz „Krasavica“ am Neujährlichen Theater in Gera von dem tschechischen Tenor Devergaard mit einem Stuhl gegen den Kehlhopf geschlagen; die Sängerin erlitt einen Blutergeruch am Stirnband, verlor die Sprache und brach auf der Bühne bewußtlos zusammen. Der Vorhang fiel — das Publikum glaubte, alles gehöre zur Sondernung. Nach längerer Pause wurde der Unfall bekanntgegeben und die Operette gekürzt zu Ende gespielt.

Vom Rundfunk

Montag:

Prag: 6.15: Symphonie, 11: Schallplatten, 12.25: Deutsche Sendung: Kohl: Bildhauser Dohert, 19.30: Philharmonisches Konzert. — Brünn: 17.10: Jugendlust, 18.25: Deutsche Sendung: Frau Wöhl, 19.35: Wädel in Havel. — Wädel-Ostrow: 10: Klammst, 18.30: Deutsche Sendung: Kadelmann: Internationale Verständigungssprech. Berlin: 20.25: Biokonzert, 21: Juana, Oper von Ettinger. — Breslau: 21.10: Kleine Nistenmusik. — Gumburg: 20: Wilhelm Busch. — Königsberg: 19: Schlager-Singang, 20.25: Kammermusik. — Leipzig: 19.30: Chorloniert. — München: 20.25: Tafel Spiel der Spiele, 21.25: Kammermusik. — Wien: 19.35: Lieber und Arter.

Dienstag:

Prag: 6.15: Symphonie, 10.10: Deutscher Singsang, 17.30: Schallplatten, 18.25: Deutsche Sendung: Welzer: Erffles und Heiteres aus dem Rindberien im Lied, 19.20: Gesangsconcert, 20.20: Der Burglobold, Oper von Kocak. — Brünn: 12.30: Orchesterkonzert, 18.25: Deutsche Sendung: Fährung durch eine Großmutter. — Berlin: 21: Der Weisheit, Oratorium von Händel. — Breslau: 21.10: Chanson der Zeit. — Wädel: 21.10: Romantische Musik. — Königsberg: 19: Bach: Vierstücken. — Langenburg: 20: Göt von Verlichten, Schauspiel von Goethe. — Leipzig: 21.20: Der Aufbau einer Sinfonie. — München: 19.25: Götorgesang, 20.55: Beatrix, Opernlegende. — Wien: 19.25: Der Elebestraut, Oper von Donizetti.

Warum nur die Bonzen? Der Nazi-Anführer Dr. Schumann in Gera mußte als Vorsitzender des Geraer Schulgerichts seinen Posten und S.A.-Mann Schürer wegen fortgesetzten Betrugs zu drei Monaten Gefängnis verurteilen. Schürer hatte sich eine feine SA-Uniform zugelegt, wohnte im besten Hotel und summelte bei den reichen Posten von Gera und Grew namhafte Summen „für die armen SA-Leute“. Das Geld verjubelte er. Als der Nazirichter in der Verhandlung nach dem Grund seiner großen Betrügereien und Hochtapferkeit fragte, antwortete der Angeklagte: „Was ru sollen nur unsere Bonzen gut und feil leben?“

Eine sowjetrussische Hülfspreidition reitete acht Mann der Besatzung des vor mehreren Monaten bei der nordibirischen Insel Bjel gefahrenten Schiffes „Albatros“. Der Rest der Besatzung ist vermisst.

Bohrerexplosion. Auf der Grube Bontenberg bei Siegen gerieten zwei Bergleute beim Bohren auf einen festsitzenden Sprengsatz, der sofort explodierte. Ein Bergmann wurde auf der Stelle getötet, der andere schwer verletzt.

Ein französischer Fall Daubmann.

Der Kampf um den Korporal Grandadam.

Im Mai 1915 fiel auf dem Schlachtfeld bei Voreto der französische Korporal Auguste Grandadam aus dem Leben in den Hölle. Als die Hölle blieben, die Eltern des Gefallenen, Anspruch auf Auszahlung einer Pension erhoben, wurden sie 1927 von der Ratsricht übertracht, daß ihr Sohn nicht gefallen sei, sondern lebe.

Vor dem Kriegsgericht der 30. Region mußte sich ein Defizient namens Colin verantworten. Da die Enge gerieten, gelang er, nicht Colin zu bekräftigen, sondern Auguste Grandadam. Er sei in der Schlacht bei Voreto von den Deutschen gefangen genommen und in ein Konzentrationslager in Deutschland gebracht worden. Da er mit seiner Familie nicht getrennt habe, wisse diese nichts über sein Schicksal. Der Vater des Korporals wurde zum Sohne vor dem Kriegsgericht gegenübergestellt. Da eine formale Kriegsverletzung des Gefallenen Korporals in Aussicht hatte, daß man ihn nicht erkennen konnte, wurde auch der Vater wieder bekräftigt, daß er sein Sohn sei. Aber er war überzeugt, daß sein Sohn, der ein tapferer Soldat und ein ehrenwerter Mann war, nicht mit einem so unehrenhaften die Gerichtsbehörden auseinander als der Korporal Auguste Grandadam anerkannt. Er hat sich auf, um den Beweis zu erbringen, daß der Sohn 1915 gefallen sei. Man verließ die Richter, die Auguste Grandadam seinen Eltern gefandt hatte, mit der Schrift des angeblichen Defizienten Colin, der ergab sich eine Acknowledgen in der Schrift. Trophäen waren die Eltern des Korporals davon überzeugt, daß der sich als ihr Sohn angegebende Soldat nicht ihr Sohn sei. Seit wohl dahien kämpft der alte Grandadam um die Ehre seines gefallenen Sohnes. Im Jahre 1922 wurde die Gendarmerie von Zempen beauftragt, Auguste Grandadam zu verhaften, um eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten abzuwehren. Der Gefandte hielt sich natürlich nicht im Zentons auf. Der alte Grandadam wies die Beamten aus einem Haus und erklärte: „Ich werde nicht noch bereuen, daß mein Sohn gefallen ist.“

Von Remen nahm er die Vermählungen an der Achabillieruna seines Sohnes auf. Es gelang ihm, eine Anzahl von ehemaligen Kameraden des Korporals zu veranlassen, vor Gericht über die ganze Stunden, und sogar den Tod seines Sohnes, zu versagen. Er hat laut die Akten, die Kameraden, mit dem Bar: Serones auf 20. Jänner. Der angebliche Auguste Grandadam wurde den Kameraden gegenüber gestellt. Man fragte über Vorgesehe und Vorgänge während des Krieges in Grandadams Kompanie aus, worauf er nur unverständliche Auskünfte zu geben mußte. Schließlich hand er, dem toten Korporal, als er im Zehntelgarten an seine Stelle trat, die Papiere, umgeben zu haben. An Wirklichkeit heißt der Betrüger, der zwölf Jahre lang angeblich der Korporal Auguste Grandadam zu sein, Emilie Anstanz.

PRAGER ZEITUNG.

Einen Sonderausflug nach Nieder-Österreich mit ganzer Verpflegung und Führung fertigt die Staatsbahndirektion in Prag in den Tagen vom 2. bis 5. Jänner um den Preis von 222 K pro Person ab. Abfahrt am 2. Jänner um 7.57 Uhr vom Teinshof, Rückkehr am 5. Jänner um 20.52 Uhr. Anmeldungen mit einer Angabe von 20 K beim Schalter Nr. 13 am Rajskybahnhof bis spätestens 30. d. M.

Einen Sonderschnellzug in die Hohe Tatra fertigt die Staatsbahndirektion in Prag in den Tagen vom 15. bis 20. Jänner zum Preise von 221 K bei einer Teilnehmerzahl von mindestens 300 Personen, oder aber zum Preise von 254 K bei einer kleineren Teilnehmerzahl ab. Anmeldungen mit einer Angabe von 100 K nimmt der Kassendirektor Nr. 13 am Rajskybahnhof bis längstens 12. Jänner entgegen.

Gerichtssaal

Die vorgetäuschte Trauung.

Ein skrupelloser Verbrecher.

Prag, 28. Jänner. Heute hatte sich vor dem Senat des OGH. Formánek der gerichtsbekannt und vielfach vorbestrafte Josef Kulhánek zu verantworten, ein Mann, der mit seinen 28 Jahren bereits eine außerordentlich vielfältige kriminallistische Tätigkeit entfaltet hat. Daß es ihm dabei nicht schlecht gegangen ist, beweist die elegante Kleidung und der teure Pelz, worin er vor den Richtern erschien. Die Anklage lautet auf Betrug, Diebstahl, Veruntreuung und auf die Heberleiung des Mißbrauches öffentlicher Einrichtungen.

Der niederträchtige Coup dieses skrupellosen Gauners ist zweifellos die Komödie einer fingierten Trauung, deren Opfer ein Mädchen vom Lande namens Anna S. wurde. Im Herbst 1930 hatte er sie kennen gelernt und im März 1931 teilte er den Eltern des Mädchens mit, er habe zur Trauung mit ihrer Tochter nach Prag. Dabei ludte er den leichtgläubigen alten Leuten — es sind arme Häusler — beträchtliche Summen heraus. Die „Braut“ mochte allerdings bald, daß da etwas nicht stimmte. Schon die Trauungszeremonie erregte ihren Argwohn, denn die vorgedachte Beschließung fand in einem dürftigen Zimmer eines Hauses in der Neutadt statt. Das ganze Mobiliar dieses angeblichen Standesamtes bestand aus einer Bank und einem Telefon.

Als die Geträugte den frechen Schwindel feststellte, schämte sie sich, ihren Eltern die Wahrheit zu gestehen und ließ sich weiterhin als Frau Kulhánek ansehen. Sie ging sogar so weit, daß sie, als der Betrug aufflog und die Behörden eingriffen, auch den Polizeibehörden gegenüber ihr insipiden gewonnenes Wissen um die wahre Natur der „Braut“ verweigerte und die Detektive, die den Ort der Trauungskomödie ausfindig machen wollten, tagelang in Prag umherführte, um schließlich zu erklären, sie könne das betreffende Haus nicht mehr erkennen. Ihren Eltern, die selbst nichts begreifen und sich jeden verlangten Helfer ausdornen mußten, hat der gewissenlose „Schnieggerjohn“ insgesamt 7500 K unter verschiedenen Vorwänden herausgelockt.

Als seine „Frau“ ein Kind bekam, ließ Kulhánek dieses feilenruhig als seinen ehelichen Sohn in die Notrolle eines Pfarramtes der tschechoslowakischen Kirche eintragen, was nach dem Strafgesetze eine Übertretung darstellt, wegen welcher er auch in der vorliegenden Anklage verfolgt wird.

Außer diesem Fall zählt aber die Anklage eine lange Reihe anderer Gaunereien auf. Mit leichter Mühe erhielt er von dem Vertreter einer Schokoladenfabrik, dem er sich als angeheuer Geschäftsmann vorstellte, Ware für 2000 K ausgeliefert, die er natürlich sofort verschleuderte, ohne etwas zu bezahlen. Einen Arzt benutzte er dazu, ihm die Einrichtung eines modernen Badezimmers zu übertragen und verschwand mit der Anklage. Einem wildstrebenden Geschäftsmann blieb er nicht nur eine Sache von 100 K schuldig, sondern brachte

Mitteilungen aus dem Publikum.

Schillers „Weiße Woche“. Seit Begründung der „Weißen Woche“ durch das Rodenhaus Schiller wandern sich die abwärts Stehenden über das starke Interesse und den lebhaften Widerhall, den dieser Spezialverkauf von Waizen und weissen Waren aller Art alljährlich wahrnimmt. Sie fragen und forschen nach den Ursachen der nie dagewesenen Billigkeit, ja es drängen sich ihnen sogar manchmal leise Gedanken auf, ob nicht etwa jene, die in die Verkaufsräume strömen, einer Masseninjektion verfallen seien. Aber der Entschluß, diesem Wunder Zug in Aug gegenüberzutreten, hat nahezu alle Zweifler bereits in die große Schar der Gläubigen geführt, die da wissen, daß Schillers „Weiße Woche“ nicht allein ein Fest bedeutet, das durch höhere Sinnerfolge zauberhaft wirkt, sondern für alle, die daran teilnehmen, Realitäten für den Alltag liefert, an deren Besitz sie sich dauernd erfreuen können. Ob nochgeholt und nicht erreicht, trägt die diesjährige „Weiße Woche“ trotz ihres Kollektivcharakteres jeder Individualität mit Bezug auf Geschmack, Qualität und Preis vollkommene Rechnung, so daß alle, die auch heute zu ihr pilgern, in den Chören einzustimmen werden, die da rufen: Schiller ist Schiller.

ihn sogar noch dazu, ihm 300 K auf sein ehrliches Gesicht hin vorzustrecken. Weiskopf hat er allerlei Geschäftsgründungen vorgeschlagen, Ware bezogen und verkauft und ist dann mit dem Erlös verschwunden. Er hat es sogar fertig gebracht, die Geleise einer im Bau befindlichen Schmalspurbahn zu stellen, indem er sie mit großer Selbstverständlichkeit auf Postautos verladen und davonfahren ließ.

Der Knosfloge wurde zu zehn Monaten schweren Kerkers verurteilt, nach deren Verbüßung er der Zwangsarbeitsanstalt übergeben wird.

Neuer Schriftführerbeständiger. Der Prager Redakteur Jeanz Flanckert, der bisher bereits bei sämtlichen Prager Gerichten als Schriftführerbeständiger fungierte, ist nunmehr auch für das Kreisgericht in Pilsen zum ständigen Sachverständigen in diesem Fache bestellt worden.

Vorträge und Veranstaltungen

Ueber die Wirkungen der Arbeitslosigkeit

sprach gestern als Gast der Prager „Urania“ Dr. Paul Lazarusfeld, Wien. — Mit Unterstützung der Wiener Arbeiterkammer und unter der Führung Dr. Lazarusfelds erhoben einige junge sozialpsychologisch geschulte Leute in dem kleinen österreichischen Industriort Marienthal alle erreichbaren „soziographischen“ Tatbestände, um hier, wo alle Einwohner von der Stilllegung der Spinnereien betroffen sind, die sozialpsychologischen Wirkungen der Massenarbeitslosigkeit in tragischer Reinkultur, soll heißen Reinkultur, zu studieren. Das Bild, das Dr. Lazarusfeld skizzierte und das in seiner soziographischen Studie „Marienthal“, die demnächst erscheint, genauer gezeichnet sein wird, erschütterte trotz der betonten Sachlichkeit, mit der ein „Material“ dargeboten wurde, das sich solcher Benennung widersetzt und unmittelbar zum Appell wird.

Zu dreifachem Hauptergebnis kam die Forschungs Expedition in graufames Reuland der Seele: Am unmittelbaren Kontakt mit der arbeitslosen Bevölkerung, durch biographische Aufnahmen und statistische Erhebungen über die Selbsterhaltung der Erwachsenen, die Schulaufgabe der Kinder, ergab sich den jungen Forschern, daß die psychologische Wirkung der nun drei Jahre währenden Arbeitslosigkeit nicht viellecht Empörung, nicht wilde Verwerfung, sondern Resignation ist, eine innere Abgeschlossenheit, die sich nur seltbarisch wehrt mit dem Unheil und alle Bindungen an höhere gesellschaftliche Kategorien, etwa an die Klasse, zu verlieren droht. Dieser Zustand drängt um so mehr, als auch die fundamentalen Wahrnehmungsgrundlagen sich ändern und vor allem die Zeitvorstellung in ein unbestimmbares Nichts zerfällt. Freilich ist diese psychologische Situation, in der der Arbeitslose nicht nur der eigenen psychologischen Existenz, in der er auch allen grundlegenden Bewußtseinsvorstellungen zu entsagen scheint, an die materielle Voraussetzung einer zwar reduzierten, seiner eigenen Arbeitsleistung verdankt, aber doch noch möglichen physischen Lebenshaltung gebunden. Mit der weiteren Einengung des materiellen Lebensraumes stellt sich auch ein psychologisches Abgleiten in Abgründe der Verwirrung und Hoffnungslosigkeit ein. Diese drei prinzipiellen „soziographischen“ Forschungsergebnisse über die Arbeitslosigkeit: Resignation, Zerfall der Wahrnehmungskategorien, Abgeschlossenheit der physischen mit der ökonomischen Auslöschung bedingte Isolation Lazarusfeld mit psychologischen Reichthümern zum Thema Armut, die, soll unsere Bewegung weite soziologische Gebiete nicht für immer verlieren, soll es über die politische Klassenpaltung hinaus nicht noch zu einem soziologischen Zerfall der Klasse kommen, die Ideologie und die Propaganda des Sozialismus bereichern müßten. Um so bedauerlicher war es, daß Lazarusfeld in Prag nahezu kein sozialistisches Publikum fand. e. h.

„Laskoi, Lenin, Gandhi.“ Vortrag von Vladimir Salgasov, letzter Sekretär von Laskoi, Montag, den 30. ds., 8 Uhr abends im Kavalierhaus, Veranstalter von der Deutschen Gesellschaft für russische Erziehung. Eintritt frei. Gäste willkommen. Diskussion.

„Gasthauswesen der Gegenwart, vom Grand-Hotel bis zum Vordell.“ Ueber dieses interessante Thema spricht Montag, den 30. Jänner (Kleiner Uraniaaal, 8 Uhr) Oberstleutnant Dr. Kopsch, der bereits in mehreren Zeitschriften für eine Reform des Gasthauswesens und der Angestelltenlage eingetreten ist. Gäste willkommen, keiner Regidebeitrag.

Kunst und Wissen

Wochenprogramm des Neuen Deutschen Theaters. Sonntag, halb 3 Uhr: Arbeiterdarstellung: „Blinde Göttin“; halb 8 Uhr: „Orpheus“ (A 2). — Montag, halb 8 Uhr: „Wunder-Bar“ (KA). — Dienstag, halb 8 Uhr: „Wenn die kleinen Weissen blühen“ (A 2). — Mittwoch, halb 8 Uhr: „Figaros Hochzeit“ (B 1). — Donnerstag, 8 Uhr: „Die ge-

SCHILLERS WEISSE WOCHE



IMMER DIE BILLIGKEIT SELBST

- DAMENWASCHE
- TISCHWASCHE
- EINZELNE TISCHTÜCHER
- MILIEUX und LÄUFER
- VORHANGSTOFFE
- SPITZEN

POTPOURRI W. W.

- 3 Abwischtücher
- 3 Küchenhandtücher
- 1 ganzleinenes 4pers. Garnitur
- 6 Taschentücher
- 3 Frotteehandtücher
- 1 Hemd
- 1 Kombination
- 1 Nachthemd
- 1 Schürze
- 2 Spitzendeckerln
- 1 bedrucktes oder buntgewebtes Tischteuch, Größe 90x90 cm

für Kc 98.-

- BETTWASCHE
- BRIDGEDECKE
- EINZELNE SERVIETTEN
- FROTTIERWASCHE und BADEMÄNTEL
- PYJAMAS
- WASCHESTOFFE

REICH ILLUSTRIRTER KATALOG U. PREISLISTE ÜBERALLHIN FRANKO

Mitteilungen der „Urania“

Wochenprogramm:

Heute, Sonntag, halb 11 Uhr: „Rhetorik.“ Kurt Salzer (Reinhardt-Schule, Berlin). Von der Krentschell bis zum Rollenstudium.

Heute, Sonntag, halb 11 Uhr: „Cestlich von Borneo.“ Arnold und Döhningel in herrlichen Bildern.

Montag, viertel 9 Uhr: „Cestlich von Borneo.“ Kulturfilm im Rahmen einer Spielhandlung. Deutsche Fassung.

Dienstag, 7 Uhr: „Die Gegenwart im Spiegel der Weltliteratur.“ Dr. Moucha II. Amerika.

Dienstag, 8 Uhr: „Historiker, Politiker, Staatsmann, Diplomat.“ Geheimrat Prof. Dr. Zaunger, Berlin.

Dienstag, 8 Uhr: Urania-Radiobund.

Mittwoch, halb 7 Uhr: „Florenz.“ Mit Bildern. Dr. H. Meiser.

Mittwoch, 8-10 Uhr: Beginn des Kunst-Praktische Amateur-Photographie für Anfänger. Leitung: Dr. Kurt Sibara. 40 K.

Donnerstag, 8 Uhr: „Wo ist das Geld?“ Walter Wagemacher. Volkswirtschaftliche Abrechnung.

Freitag, 8 Uhr: „Ein Roman gibt Auskunft.“ Dr. Erich Kästner, Berlin.

Freitag, 8 Uhr: „Rubens, Bruegel und der holländische Gesellschaftsbild.“ Mit Schilddern. Dr. H. Meiser. „Sehen und Erkennen in der bildenden Kunst.“

Sonntag, 3 Uhr: Erich Kästner liest für Kinder-Jugendveranstaltung.

Sonntag, den 4., 3 Uhr: „An sonnigen Gestaden des Mittelmeeres.“ Oberingenieur Gortischmann spricht persönlich zu diesem neuesten Reisefilm.

Dazu alle Sprach- und praktischen Kurse der Urania-Volkshochschule. Teilnehmer werden aufgenommen.

Karten zu allen Veranstaltungen, Einzelkarten zu den Kursen. Mitgliedsanmeldungen: Urania-Kasse, halb 10 bis halb 7 und 8 bis 7 Uhr. Telefon 26321.

Aus der Partei

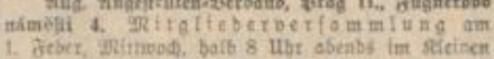
Jugendbewegung.

Freie Vereinigung sozial. Akademiker — S. J. Montag, 7/7 Uhr Kutschka — Dienstag Seminar. — Mittwoch Genosse Dr. Paul Ehrlich: „Rechtsauffassung des Marxismus.“

Vereinsnachrichten

Heute, Sonntag, 29. Jänner, führen unsere Reichstlichen einen Waldlauf durch, an dem sich Mitglieder der D.D. beteiligen. Zusammenkunft: Volkshaus in Prag VII, Befestigung ul. Start um 10 Uhr vormittags.

Alle Angestellten-Verband, Prag II, Jägerrobenstraße 4. Mitgliederversammlung am 1. Jänner, Mittwoch, halb 8 Uhr abends im Kleinen Saal des Handwerkerheimes, Smolka.



ATUS PRAG

Der Film

Russenfilm. Am Kino Beckton wird am Sonntag vormittag der berühmte Film der Wiener Revolution „Krfenol“ einmalig aufgeführt. Beginn einhalb 11 Uhr. Eintrittspreis 3 K. Das Kino zeigt bringt den guten Russenfilm „Götzen der Vöcker“ ab Sonntag.

Verlangen Sie in jeder Verkaufsstelle des Konsumvereines SELCHWAREN der Firma HEGNER & Cie., PILSEN

Selchwaren der Fa. HEGNER & Cie., PILSEN SIND DIE ALLERBESTEN!

Die Unzufriedene

Das Wochenblatt der Frau kostet nur 60 Heller

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Nekazanka 18.

Verantwortlicher: Siegfried Lank. — Uebersetzer: Wilhelm Ritzner. — Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Sitánek, Prag. — Druck: „Kosa“ K.G. für Zeitung- und Buchdruck, Prag. — Für den Druck verantwortlich: Cizek, Prag. — Die Druckkosten werden durch den Preis der Zeitung gedeckt. — Einzelheft 10 Heller. — Jahresabonnement 100 Heller. — Zusendung ins Haus oder per Post durch die Post monatlich Kc 16.—, vierteljährlich Kc 48.—, halbjährlich Kc 96.—, jährlich Kc 192.—. — Jahresabonnement kann auch durch die Post bestellt werden. — Rückzahlung von Abonnements erfolgt nur bei Einreichung der Rechnung.